

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	9 /2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27.09.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 22:10 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Weber und Dr. Welter (bis 22 Uhr); Stadträte Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer und Schendzielorz</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel (bis 21:30 Uhr), Stadträte Hertel und Hornung</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Schlüchtermann, Stadträte Bergsträsser, Katzenstein, Schimpf, Scholl, Wagner
Urkundspersonen:	Stadträtin Oppelt, Stadtrat Rehberger
Sachvortrag:	Meike Tormählen (TOP 3), Herr Ansorge (TOP 4,5,6), Herr Hauser (TOP 4,5,6)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Herr Atsma, Vorstand des Vereins „Villa Menzer Haus für Kunst und Kultur“, berichtet, dass viele Veranstaltungen wie die große Janosch-Ausstellung und Eisenbahn-Ausstellung das Potenzial der Villa Menzer gezeigt hätten. Die Zusammenarbeit mit der Stadt und mit Herrn Volk sei immer gut gewesen. Heute stehe das Projekt „Freiräume“ auf der Tagesordnung, das für die Villa ein neues Nutzungskonzept vorschläge, verbunden mit Fördermitteln zur Renovierung. Der umfangreiche Text böte aber viel Diskussionsstoff bezüglich Nutzungen und Nutzerkreis, weshalb er einen Runden Tisch zur Villa Menzer vorschläge: Gemeinsam sollten Ziele mit Verein und Stadt diskutiert werden.

Der Bürgermeister bedankt sich für das herausragende Engagement des Vereins, lobt, insbesondere die beiden Ausstellungen und sagt zu, man wolle weiter im Gespräch bleiben. Nur sei man bei der Stadt und dem Gemeinderat an dem Punkt, an dem an eine langfristige Nutzung und Sanierung, auch hinsichtlich Barrierefreiheit, gedacht werden müsse. Die Fördermittel von 600.000 € würden dringend benötigt, da die Sanierungskosten nicht von der Stadt zu stemmen seien. Man wolle mit einer Testphase in die Umsetzung gehen und weiterhin in Kontakt bleiben, denn auch mit dem Freiräume- Konzept werde Kultur nicht aus der Villa Menzer verschwinden. Der Fokus richte sich aber nun auf eine dauerhaft wirtschaftlich tragbare Nutzung.

Herr Petschmann, ebenfalls Vorstand im og. Verein, nimmt darauf Bezug, dass die Pensionierung der Kulturreferentin Frau Meyer zu Schwabedissen zum Jahresende bevorstehe. Sie habe viel für die Kultur getan, viele Menschen seien durch sie aktiviert und inspiriert worden. Daher fragt er, ob die Stadt plane, die Stelle wieder zu besetzen, und nach dem Ausschreibungszeitpunkt, um geeignete Kandidaten vermitteln zu können. Aus seiner Sicht ersetze eine Verwaltungsausbildung nicht das Wissen im kulturellen Bereich.

Der Bürgermeister antwortet, die Stelle solle nahtlos weiter besetzt werden. Die Ausschreibung werde unter Mitwirkung der Stelleninhaberin erstellt. Diese habe das kulturelle Angebot in Neckargemünd stark geprägt, und angesichts des hohen Stellenwertes der Kultur in Neckargemünd solle ihre Arbeit fortgesetzt werden können.

Herr Eisenhauer, ein Mückenlocher Bürger, nimmt Bezug auf einen Infoabend in Mückenloch vor rund einem Jahr, mit dem Thema Energieversorgung. Er möchte wissen, ob dies wegen Personalmangel in der Verwaltung ad acta gelegt sei. Der Bürgermeister verneint dies.

Weiterhin fragt der Bürger nach dem Sachstand zum Bau einer Photovoltaik-Anlage in Mückenloch. Der Bürgermeister berichtet, man habe sich vor drei Wochen mit dem Stadtplanungsbüro besprochen. Es müssten Natur- und Artenschutzgutachten eingeholt werden. An diesem Morgen habe er die Nachricht erhalten, dass die Lieferzeit für Solarpaneele ca. 12 bis 24 Monate betrage. Man wolle das Vorhaben im Bebauungsplan abbilden. Statt der erst geplanten kleineren Anlage mit 750 kW wolle man nun das ganze Gebiet nutzen. Dadurch wäre man rein rechnerisch in der Lage, ganz Mückenloch zu versorgen. Es gebe auch viel Bedarf nach Nahwärme. Die Verwaltung plane hierzu bereits und gehe die kommunale Wärmeplanung an. Zu klären sei diesbezüglich, ob es in Mückenloch Häuser gebe, bei denen sich ein Anschluss an eine solche Anlage lohne. Für ein

entsprechendes Netz müsse eine gewisse Last vorhanden sein. Im Frühjahr 2023 werde man mehr dazu sagen können.

Zur Frage von Herrn Eisenhauer nach einem Info-Abend zu diesem Thema antwortet der Bürgermeister, dies sei Sache der Ortsverwaltung. Man bräuchte hierfür viel Personal und Interesse aus der Bevölkerung. Grundlage für so ein Netz sei ein ausreichend großer Kundenstamm. Man befinde sich bereits im Dialog mit den Stadtwerken in Heidelberg zu diesem Thema.

Herr Dr. Ding meldet sich zu Wort – er bittet darum, seine Präsentation an die Wand zu werfen. Der Bürgermeister stellt klar, es handle sich um eine Fragestunde und Präsentationen seien nicht vorgesehen.

Herr Dr. Ding erklärt, es gehe um „Rainbach 2.0“ und darum, dass ältere Leute ein Parkplatzangebot als Ausgangspunkt für Wanderungen bräuchten. Er dankt dem Bürgermeister dafür, dass er sich persönlich der Sache angenommen habe. Der Leinpfad sei ein wunderbarer Weg, für den jedoch Parkplätze hinter der Gaststätte nötig seien. Nun seien noch 10 wilde Parkplätze vorhanden. Für viele sei es wichtig, mit Auto dorthin fahren zu können. Er fragt weiterhin, ob sich der Gemeinderat gegen Parkplätze stelle. Früher habe es acht bis zehn Parkplätze für die Gaststätte gegeben, dahinter seien 10 bis 12 frei gewesen.

Der Bürgermeister erläutert, alle Parkplätze befänden sich auf Privatgrund und man sei im Gespräch, ob man hiervon etwas erwerben könne. Die Frage sei auch, ob man den Weg ebenfalls erwerben wolle. Die Parkplätze könnten somit weiterhin im öffentlichen Gebrauch bleiben. Er sehe keine Anzeichen, dass sich Eigentümer dagegen wehren würden. Es sei zu klären, zu welchem Preis der Leinpfad erworben werden könne.

Herr Ding sagt er habe darüber mit dem Regierungspräsidium gesprochen.

Der Bürgermeister antwortet, nach seiner Information seien alle bis Ende der Bebauung in Privathand. Man sei mit den Eigentümern im Gespräch und aktuell könne der Leinpfad befahren werden.

Herr Ding nimmt Bezug auf ein Gespräch mit dem Rechtsanwalt des Investors, Herrn Maaß, am 19.4., bei dem ihm mitgeteilt worden sei, dass es gar nicht in Frage komme, diese Parkplätze zu nutzen.

Der Bürgermeister stellt klar, Herr Maaß habe darüber nicht zu entscheiden. Der Weg sei wegen dem Zugang zu Entsorgungsanlage öffentlich befahrbar und könne somit genutzt werden, egal was andere sagen beziehungsweise in der Zeitung stehe.

Herr Ding betont, dass es ihm ums Katasteramt gehe.

Laut Bürgermeister sei es in der Tat so, dass hier Vermessungen, die noch nicht im Grundbuch stünden, berücksichtigt würden.

Herr Grewe, ein Neckargemünder Bürger, kritisiert das Erscheinungsbild des städtischen Geländes um den „Prinz Carl“. Seit Wochen würden dort alte Eimer, Klappstühle und Müllcontainer stehen. Der Platz sei weder für die Besucher der Musikschule, noch für Touristen schön anzusehen. Der Bürgermeister verspricht, dies vom Bauhof prüfen zu lassen. Weiterhin fragt der Bürger erneut nach dem Sachstand zur Radverkehrsführung entlang der Wiesenbacher Straße und der Bahnhofstraße.

Der Bürgermeister erläutert, der Rhein-Neckar-Kreis habe das Büro Koehler & Leutwein, mit dem auch die Stadt zusammenarbeite, mit der Kostenschätzung zur Wiesenbacher Straße mit Tempo 30 und Radfahrkonzept beauftragt. Daher verfüge man dort bereits über alle Zahlen und der Umbau solle im Rahmen einer Fahrbahndeckenerneuerung stattfinden. Dabei würden auch die Radwege ausgeführt. Der Zeitraum könne, was Baufirmen angehe, nicht mitgeteilt

werden, da die Ausschreibung noch laufe. Bei der Bahnhofstraße befinde man sich im Dialog mit dem ÖPNV, der sich bisher dagegen sperre. Es würden aus Sicht der Verkehrsbetriebe mehr Busse gebraucht, die die Stadt als Initiator für das Tempolimit dann zahlen solle. Daher lasse man nun die Fahrpläne nachrechnen. Seiner Meinung nach gehe der ÖPNV von falschen Zahlen aus: die Busse müssten nicht von bisher durchgehend 50 km/h auf 30 km/h herunterbremsen, sondern man habe auch bisher an Haltestellen oder Ampeln halten, anfahren und langsamer fahren müssen. Man wolle dies zusammen mit dem Lärmaktionsplan umsetzen. Knackpunkt sei die große Kreuzung. Koehler & Leutwein arbeiten dran, den Verkehr so zu optimieren, dass auch Radfahrer ausreichend berücksichtigt würden. Der schwierigste Aspekt dabei sei die Belastung der „großen Kreuzung“ am Schnittpunkt von B 37 und B 45 mit ihren vielen Fahrbeziehungen und Fußgängerüberwegen. Kreuzungen würden wie folgt kategorisiert: Kategorie „D“ sei schlecht, danach komme nur noch „E“, was einem Zusammenbruch entspreche. Aktuell sei die Kreuzung mit „D“ bewertet. Veränderung der Ampelphasen führten damit zur einer Verschlechterung des Autoverkehrs. Es stehe eine Zählung der Fußgänger am Übergang „Optik Volz“ und Sparkasse an. Wenn man da den Fußgängerüberweg wegnehmen würde, gewänne man mehr Raum. Es sei jedoch die Frage, ob man das machen wolle. Von Fußgängern würde dieser Übergang eher wenig genutzt, aber eben doch in Gebrauch. Bei der bisherigen Betrachtung spiele man ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gegeneinander aus, was sehr schwierig sei. Aktuell habe man zumindest einen sehr guten Radweg nach Heidelberg. Leider ginge dieser auf Höhe der Ziegelhütte nicht weiter. Man gebe sich alle Mühe, die Verkehrswende zu unterstützen, allerdings könne die Stadt keine verkehrsrechtlichen Anordnungen selbst machen, sondern sei diesbezüglich vom Rhein-Neckar-Kreis abhängig.

19:28 Uhr ist die Bürgerfragestunde zu Ende.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 8/2022 vom 26.07.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadträte Hornung und Schimpf bitten um Korrektur der Anwesenheitsliste. Sie seien beide anwesend gewesen.

Stadtrat Schmitz wünscht, dass bei seiner persönlichen Erklärung unter TOP 8.2 der sachliche Bezug zu TOP 5 bis 7 deutlich gemacht werde.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Einarbeitung der Änderungsvorschläge aus dem Gremium wird zugesagt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 9/2022 vom 26.07.2022 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

Die Beschlüsse werden wie folgt bekanntgegeben:

Der Gemeinderat beschließt, dem Vorschlag der Verwaltung, den Bohrer- und Katharinenmarkt ohne Festzelt stattfinden zu lassen, stattzugeben.

Der Gemeinderat beschließt, bezüglich des Grundstückes, auf dem sich der Kindergarten Rumpelstilzchen befindet, den Bürgermeister und Herr Seidel mit der weiteren Verhandlungsführung und ggf. Vorbereitung des Kaufs zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Objekt Hollmuthstraße 48, Wohnung EG, für den Zeitraum 01.10.2022 bis 31.12.2023 für die Unterbringung von Obdachlosen oder Flüchtlingen anzumieten.

3: **Projekt „FREIRÄUME“ Vorstellung des Umsetzungskonzepts**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Tormählen stellt das Projekt „FREIRÄUME“ und das vorliegende 108 Seiten lange Umsetzungskonzept vor. Der Rhein-Neckar-Kreis habe dieses Projekt mit nutzungsoffenen Räumen vorgeschlagen. Man habe daraufhin die Villa Menzer ins Spiel gebracht. Die Stadt erhalte Fördermittel von über 600.000 €, bekomme damit von ca. 900.000 € Sanierungskosten ca. 65% finanziert.

Ab Mai oder Juni 2023 wolle die Stadt in einer „Pop-Up-Phase“ in einem Versuchsbetrieb ausprobieren, ob das Konzept so funktioniere: Es solle ein Dreiklang aus Café + Trauungen, „Coworking Spaces“ sowie Nutzung der Räume durch Vereine und Kulturschaffende sein. Bedarf an Arbeitsräumen gebe es bereits seitens der Pendler und Gäste vom Campingplatz. Außerdem gebe es eine große Nachfrage nach Trauungen im Park. Da könne man bald ein besseres Angebot machen. Man könne nach der Pop-Up-Phase Nachbesserungen machen und Anforderungen entgegenkommen.

Der Bürgermeister ergänzt, man überplane noch nicht das ganze Gebäude. Die obere Etage und der Keller seien noch nicht verplant.

3.2: **Beratung:**

Die die offizielle Stellungnahme der Fraktion wird von Stadtrat Schmitz vorgetragen: „*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Volk, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende,*

im Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Smart Cities Projekt FREIRÄUME steht zwar nur die Kenntnisnahme des von der Agentur Coworkingland und der Wirtschaftsförderung erarbeiteten

Konzepts für die FREIRÄUME in Neckargemünd sowie die Zustimmung zur Planung und Durchführung der ersten Pop-up-Phase bis September kommenden Jahres. Hier stimmen wir mit großer Freude zu.

Es wird in der Vorlage darauf hingewiesen, dass es nun erneut einen Entwicklungsprozess geben wird, in dessen Verlauf an dem Konzept „sicherlich weitere Anpassungen“ vorgenommen werden. Die Fraktion der Grünen hat sich intensiv mit diesem, aus unserer Sicht sehr gelungenen Konzept beschäftigt und wünscht sich daher, dass diese Anpassungen den Kern des Konzepts nicht verwässern sollen. Deshalb möchten wir den hier nochmals möglichst klar herausarbeiten und bezüglich der Umsetzung einige Anmerkungen machen und außerdem Fragen zum Zeitplan stellen.

Wir begrüßen das Konzept FREIRÄUME für die Menzer-Villa und deren Außenbereich mit den konkreten Ausprägungen

- *FREIRAUM IT-basiertes „Coworking“ als zentralen Inhalt*
- *FREIRAUM „festlich“, betreffend das Trauzimmer, das geplante Café und andere Räume im EG*
- *FREIRAUM „aktiv/kreativ“ für eine multifunktionale, flexible Nutzung durch Vereine, Initiativen und Kultureinrichtungen,*

weil wir hierin die einzige Möglichkeit sehen, die vorhandenen eklatanten Nutzungskonflikte zu lösen. Nur so werden wir im Sinne der Smart-Regio-Projektförderung die wirtschaftliche Attraktivität Neckargemünds im ländlichen Raum stärken. Nur so können wir den baulichen Erhalt und wirtschaftlichen Betrieb der Menzer-Villa dauerhaft gewährleisten. Wir begrüßen ausdrücklich den Ansatz, durch ein professionelles Management mit der erforderlichen professionellen Beratung und Begleitung die Menzer-Villa perspektivisch, also binnen weniger Jahre, zu einem (privat)wirtschaftlich erfolgreichen Projekt mit großem Nutzen für die Bürgerschaft zu entwickeln.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Stadt kann sich hier kein dauerhaftes Zuschussobjekt leisten und muss diese einmalige Chance ergreifen, mit Hilfe der Smart-Regio-Fördermittel die Menzer-Villa in absehbarer Zeit wirtschaftlich selbsttragend und zugleich zu einem attraktiven Anziehungspunkt für die Öffentlichkeit im Herzen der Stadt zu machen.

Die jahrelange Arbeit des Vereins Villa Menzer, das große ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der Villa Menzer ist unbedingt hervorzuheben und hat diesen Neuanfang erst möglich gemacht. Wir müssen uns aber auch im Klaren sein, dass nun eine Zäsur eintritt, dass nun, wie schon in den Workshops gesagt wurde, nicht alle Wünsche und Vorstellungen aus der Bürgerschaft erfüllt werden können, dass eine Inanspruchnahme von Mitteln aus der Wirtschaftsförderung zur Umsetzung des Konzepts auch bedeutet, dass wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen. Machen wir uns nichts vor: Die Villa ist zu klein, selbst wenn man im Sommer den Menzerpark einbezieht, dass sich dort ein Nebeneinander verschiedener Nutzungen ermöglichen ließe: Coworking und Dauerausstellungen passen nicht zusammen. Nutzungsoffenheit und bestimmten Gruppen dauerhaft überlassene Räume passen nicht zusammen. Flexible Nutzungen und die Einrichtung von Künstler-Werkräumen oder Tonstudios passen nicht

zusammen. Man könnte die Liste weiter fortsetzen, was ich damit sagen will: Ein von vielen Bürgern, insbesondere auch von den derzeit nutzenden Initiativen gewünschtes „Sowohl-als-auch“ der Nutzung würde das Scheitern des Projektes nach sich ziehen. Wir müssen uns klarwerden: Neckargemünd hat einen unbestreitbaren Bedarf für ein Bürgerhaus, für ein soziokulturelles Zentrum, für ein Haus der Vereine. Aber das kann und das wird nicht die Menzer-Villa werden!

Noch ein paar Anmerkungen zu Details:

- *Wir begrüßen es ausdrücklich, dass keine Parkplätze mehr im Menzer Park vorgesehen sind, dies entspricht einer langjährigen Forderung unserer Fraktion.*
- *Wir finden die Idee von smarten Tourismusangeboten, etwa einem „Kulturerlebnisraum“ oder der Projektidee „Weitersehen“ mit Virtual-Reality-Inhalten, sehr passend für ein ITbasiertes Coworking-Haus, hier könnte die Coworking-Idee sogar zu einem Spin-Off für Unternehmensgründer führen.*
- *Wir begrüßen die Anregung, sich für weitere Bedarfe, insbesondere auch für etwas größere Versammlungsräume, in der Umgebung der Menzer-Villa umzuschauen und diese in das FREIRAUM-Konzept mit einzubinden. Genannt wurden das Park-Gelände und, bei Erwerb durch die Stadt, das Martin-Luther-Haus. Uns würde noch das Museum im Alten Rathaus oder die Alte Stadtkasse einfallen, in die sich ein Betreiber bedarfsweise einmieten könnte.*
- *Wir begrüßen die Idee, das Dachgeschoss der Villa vorerst — zumindest bis zur Lösung der Erschließungsfrage — an einen gewerblichen „Ankermieter“ zu vergeben. Hier müsste dann aber auch ein angemessener Mietpreis erzielt werden, die im Konzept genannten 15 Euro pro Quadratmeter inklusive Nebenkosten können da als Anhaltspunkt dienen.*
- *Wenn Vereine und bürgerschaftliche Initiativen die multifunktionalen Räume künftig, bei einem privaten Anbieter gegen einen Mietpreis nutzen können sollen, muss die Stadt frühzeitig Überlegungen anstellen, wie sie diese Aktivitäten finanziell fördern will, sozusagen subventionierte Mietpreise anbieten. Insofern wird auch in diesem FREIRAUMKonzept ein gewisser Zuschussbedarf verbleiben. Wie wir dem Konzept entnehmen, ist aber schon bei einer gewerblichen Auslastung von 60 % ein wirtschaftlicher Betrieb möglich, d.h. hier haben wir noch Spielräume.*

Was sich für uns nicht ganz erschließt, ist der Zeitplan, und wir hoffen, hierzu noch Erläuterungen zu bekommen. Insbesondere können wir nicht nachvollziehen, dass nach der Testphase, über die wir heute entscheiden, und einem Beschluss des Gemeinderats über das weiter konkretisierte Projekt im September 2023 noch weitere 15 Monate der Vorbereitung ins Land gehen sollen, bis dann im Januar 2025 endlich der Betrieb starten kann. Dann bleiben für die eigentliche (vermutlich zunächst defizitäre) Betriebsphase bis zum Ende der Laufzeit des Smart-Region-Förderprogramms gerade noch 20 Monate, in denen das Projekt die Wirtschaftlichkeit erreichen muss. Das erscheint uns doch recht kurz und wir würden uns, auch mit Blick auf die anzustrebende Signalwirkung des Projekts, eine schnellere Realisierung der anstehenden Investitionen wünschen.

Vielen Dank für Ihre und Eure Aufmerksamkeit.“

Stadtrat Wachert sagt:

„Die Freie Wähler Fraktion freut sich über die rege Beteiligung an den Sitzungen zur Wiederbelebung der Villa Menzer und dem dazugehörigen wunderschönen Menzerpark im Rahmen des Projektes „FREIRÄUME“.

An dieser Stelle möchten wir den zahlreichen Vertretern der Vereine, der Künstler sowie des hiesigen Gewerbes für die rege Beteiligung und die guten Ideen danken.

Da jedoch die Gelder knapp sind, sprechen wir uns dafür aus, zunächst die 3 wichtigsten und finanziell lukrativsten Säulen in Angriff zu nehmen:

1) Die CoWorkingSpaces

2) Das Trauzimmer

3) Das Café mit Außenbereich

Ziel soll es auch für uns u. a. sein, durch die Vermarktung der Villa Menzer „schwarze“ Zahlen zu schreiben.

Wichtig ist uns jedoch an dieser Stelle unbedingt, dass wir die zahlreichen Ideen der sonstigen Nutzung der weiteren Räume und des Kellers nicht aus den Augen verlieren sollten. Diese Ideen sollten nach Priorität und Kosten sortiert und nach und nach umgesetzt werden.“

Stadträtin von Reumont bedankt sich ebenfalls im Namen der CDU bei Herr Petschmann und dem Verein Villa Menzer, für den Einsatz und die vielen guten Ideen. Man habe aufmerksam den Bericht in der Vorlage gelesen, könne jedoch nicht so begeistert reagieren. Man setze gerne ein klares Signal für Café, Trauzimmer und Coworking – halte es aber für richtig, noch nichts in Stein zu meißeln. Wichtig sei, dass es ein professionell geführtes Café werde. Die Fraktion frage sich, ob die Preise realistisch seien. Daran habe man Zweifel. Eine Recherche habe nicht viel gebracht, man könne sich nicht mit den Großstädten Mannheim und Heidelberg vergleichen. Weiterhin stelle sich die Frage der Sanierung – werfe die Pop-Up-Phase diese nicht zeitlich deutlich zurück? Die Sanierung werde 2024 geplant, aber die Förderung laufe 2026 aus. Was gehe da verloren? Die eingepreiste Personalstelle für die Logistik mit TVÖD 11 sei ordentlich. Dies seien noch zu klärende Punkte.

Stadtrat Hertel ist beim Lesen des Konzepts positiv aufgefallen, dass in vielen Teilen die Gedanken getroffen worden seien, die die SPD bereits im März 2017 formuliert habe. Beim „Coworking“ sehe er keinen Konflikt mit Kultur. In Heidelberg gebe es viele Einrichtungen, die Kultur und Technik vereinen. Da sei es wichtig, einen Verein wie Villa Menzer dahinter stehen zu haben. Er könne sich die Villa nicht kulturlos vorstellen. Die Preise seien noch mal zu kalkulieren. Wie Stadtrat Schmitz schon geäußert habe, seien auch Räume für Vereine wichtig. Bei den Preisen für Seminarräume seien im Konzept 60 Nutzungen angegeben, was noch Platz für anderes ließe. Die Fraktion sei dafür, die nächste Phase zu versuchen, man müsse aber immer offen bleiben für Nachjustierung. Die Villa müsse auf null herauskommen und krisensicher sein, sonst sei es schnell vorbei.

Stadtrat Fritsch ist froh, dass endlich Bewegung reinkommt. „Freiräume“ sei für Neckargemünd wie geschaffen. Wie Stadträtin von Reumont bewegen ihn Trauungen und Café. Man müsse über die Kosten nachdenken. Die Villa sei mit ihren kleinen Räumen für manches zu verschachtelt. Die Nutzung für Vereine müsse man sich überlegen. Er habe den Park schon öfter angesprochen: hier sehe er gerne ein Podest

für Konzerte und Ähnliches. Weiterhin treibe ihn das Thema Denkmalschutz und die Baugenehmigung um.

Der Bürgermeister stellt noch einmal den Zeitplan vor. Diesen Morgen habe er ein Gespräch mit der Architektin gehabt, was alles gemacht werden müsse, um in die Pop-Up-Phase eintreten zu können: Türen, Wände streichen, Bodenbeläge, Toiletten. Man wolle keine Maßnahmen umsetzen, die in Endumbauphase stören würden, sondern wolle zukunftsicher handeln. Nun arbeite man den Bauzeitenplan aus. Die Arbeiten würden sich voraussichtlich über Winter hinziehen. Man habe zwar einen guten Bauhof, der eigentlich helfen könne, aber im Rahmen des Projektes würden nur Eigenleistungen für die Projektbegleitung gefördert, jedoch keine Bauhofleistungen. Wenn das Projekt ins Stocken käme, sei der Bauhof ein Notnagel. In der Lücke zwischen Pop-Up-Phase bis Fertigstellung plane man den Umbau. Eventuell sei hier auch zeitgleich der weitere Betrieb möglich.

Am Wochenende mit kaum Coworking-Bedarf seien dann auch Ausstellungen möglich. Diese beiden Nutzungen schließen sich nicht aus, sondern könnten sich ergänzen und die Villa beleben. Im Konzept gehe es um Wirtschaftlichkeit. Bei den Kosten habe man am oberen Ende geplant, daher sei die Stelle mit EG 11 auf der sicheren Seite. Die Kalkulation gehe vom „Worst-Case“ aus. Eine kalkulatorische Miete sei ebenfalls enthalten.

Zum Denkmalschutz sei man im Gespräch mit dem Rhein-Neckar-Kreis. Bereits im Vorfeld sei den Projektverantwortlichen gesagt worden, dass der Kreis die Stadt dabei unterstütze, damit es klappt. Man werde alle Regeln einhalten müssen und sollte die Genehmigungen zügig erhalten. Einzelfragen, ob z.B. die alte Tapete erhalten werden müsse, oder ob unter der Tapete oder den Böden noch Erhaltenswertes gefunden würde, seien noch offen, und würden in den nächsten Monaten geklärt.

Stadträtin von Reumont fragt, wie lange die Fördermittel zu Verfügung stünden.

Der Bürgermeister antwortet, die Geld stünden der Stadt heute schon zur Verfügung. Mittel gingen auch nicht verloren, wenn die Villa 2024 in Betrieb genommen werde. Dies sei kein Problem. Kosten seien schon verteilt und vorgemerkt. Entscheidend sei, was bis Ende 2026 umgesetzt werde, bis dahin müsse man fertig sein. Es gehe durch die aktuelle Planung kein Geld verloren.

Stadtrat Schmitz nimmt Bezug darauf, dass für die Pop-Up-Phase nur das Nötigste gemacht werde. Ihm fehle da das Thema IT. Eventuell habe man ihn vorhin auch missverstanden: man sei nicht gegen kulturelle Nutzung. In Konzept sei auch davon die Rede.

Laut Bürgermeister werde es ab Dezember Glasfaser in der Villa geben. Die Verkabelung mache man intern und eine Wochenendnutzung sei von allen gewünscht. Weiterhin dankt er dem Verein Villa Menzer. Der Verein solle weiterhin beteiligt werden. Dank gehe ebenso an Frau Tormählen, die die Konzeption begleitet.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt das von der Agentur CoworkLand und der Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises erarbeitete FREIRÄUME Umsetzungskonzept Neckargemünd zur Kenntnis und stimmt Planung und

Durchführung einer sogenannten Pop-up-Phase wie auch den hierfür erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gemäß der Beschlussvorlage einstimmig zu.

4: **Bauantrag zur Errichtung eines Um- und Erweiterungsbaus der Gaststätte Rainbach mit 2 Wohneinheiten auf den Grundstücken Flst. Nr. 596 und 597, Am Neckarberg 1, Dilsberg**

Stadtrat Dr. Rothe beantragt für TOP 4, 5 und 6 namentliche Abstimmung.

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Hauser stellt kurz den Bauantrag vor. Er weist darauf hin, dass es keinen Bebauungsplan gebe und damit die Entscheidung nach § 34 BauGB zu treffen sei. Geändert habe sich zum alten Bauantrag lediglich, dass ein Baukörper im Außenbereich wegfallende und ein paar weitere Kleinigkeiten. Die Frage sei nun, ob sich das Vorhaben in die Umgebung einfüge. Man müsse eine Stellungnahme abgeben. Kriterium dafür sei der Bau-Kubus (Art und Maß der Bebauung), als Vergleich habe man den Bestandsbau vor Ort.

4.2: **Beratung:**

Die Beratung bezieht sich auf alle drei Bauanträge aus TOP 4, 5 und 6.

Ortsvorsteher Streib berichtet von der Sitzung des Ortschaftsrates an vergangenen Montag. Das eine Gebäude sei seiner Auffassung nach § 34 nicht möglich. In den verbleibenden Anträgen habe sich kaum etwas getan, lediglich ganz kleine Änderungen seien gemacht worden. Im Ortschaftsrat habe man stets die Höhe kritisiert. Im Vergleich zur Burgmauer mit 16 m Höhe seien die Gebäude mit einer Höhe von 17 m zu groß. Alle drei TOPs habe der Ortschaftsrat mit sechsmal Nein und einmal Ja abgelehnt.

Stadtrat Konrad sagt im Namen der Grünen-Fraktion:

„Zunächst eine Kritik an die Verwaltung: Die Unterlagen sind sehr dünn zu diesen Bauanträgen. Grundrisse wären zur Beurteilung der Sachlage äußerst hilfreich gewesen.“

Der Investor agiert wie erwartet: Er vermeidet das Konfliktpotential einer zusammenhängenden Bebauung und reicht die Planung in 3 bzw. in 4 Teile geteilt ein.

- Neckarberg 1
- Neckarberg 3
- Ortsstraße 11

Offen ist noch das Grundstück im südwestlichen Grundstücksteil am Neckar: Es ist zu erwarten, dass dieser Bauantrag nach Genehmigung der übrigen Abschnitte ebenfalls

gestellt werden wird. Dann aber bewertet nach §34, da es sich vermutlich nicht länger um einen Außenbereich handelt.

Wir sind über diese Entwicklung alles andere als glücklich. Wir haben bis zuletzt um die Rückkehr zu einem Dialog gerungen. Bekanntermaßen stand die grüne Fraktion von Beginn an positiv zu einer zukunftsfähigen Bebauung für das Areal. Jetzt wird der Gemeinderat - so wie es dem Wunsch des Bürgerentscheids entsprach - zwar gehört, ist aber nicht mehr Teil der Entscheidungsfindung.

Das letzte Treffen am Neckarberg mit der Bürgerinitiative hat erneut den Unmut der Menschen vor Ort gezeigt. Die Bürgerinitiative fordert nun den B-Plan der Stadt. Bekanntermaßen schätzt die Gemeinde dies nicht als einen gangbaren Weg ein. Weder eine Gestaltungssatzung noch ein städtischer Bebauungsplan wurden uns hier als Option zur Lösung präsentiert. Das entspricht leider auch unserer eigenen Einschätzung.

Die Gründe dafür nochmals in aller Kürze:

- Klagepotential von Seiten der Bürger (Recht auf Einhaltung des Bürgerentscheids)
- Klagepotential von Bauherrnseite (Verhinderungsplanung bei gleichem Zweck ist nicht zulässig)
- Kosten für ein Stadtentwicklungsverfahren
- Die inhaltlichen Konfliktlinien zur baulichen Dichte bleiben: Wir verlagern den Dissens einfach in ein anderes Format.
- Bei Aufstellung eines B-Plans wäre das Grundstück immer noch im Eigentum der RED GmbH

Selbst mit einem teuer erkauften B-Plan (Bürgerbeteiligung, Planungswettbewerb, B-Plan-Verfahren) hätten wir noch längst keine Verbesserung vor Ort.

Erneut sehen wir auch von SPD, FW und der Linken keinen Vorschlag in diese Richtung zu einem städtischen B-Plan. Diese Option wäre auf dem Tisch, denn wir haben letzten Winter bewusst nicht gegen einen solchen B-Plan zur Lösung gestimmt, sondern für eine Vertagung. Der damalige Vorschlag war nach unserer Einschätzung bekanntermaßen ungeeignet. Bislang haben wir zur Rechtsfolgeneinschätzung eines solchen Antrags keinen neuen Sachstand durch die Verwaltung.

Die BI fordert den städtischen Bebauungsplan und wir halten dies in Anbetracht dieser bestehenden Sachlage nicht für sinnvoll.

Insofern können wir heute nichts für Sie tun, sehr verehrte Damen und Herren im Publikum, als diesen Bauanträgen nicht zuzustimmen. Wir halten das Bauvorhaben in seinem Gesamtumfang für zu wichtig, um dem in Summe und ohne weitergehende Mitgestaltung der Gemeinde zuzustimmen. Die Versuche, diese Mitgestaltung doch noch zumindest über eine Absichtserklärung zu ermöglichen wurden im Gremium knapp abgelehnt. Damit hat auch die Bauherrschaft den Dialog abgebrochen.

Wir werden uns daher enthalten bzw. ablehnen.

- Bauvorhaben von diesem Umfang und von dieser städtebaulichen Bedeutung benötigen aus unserer Sicht einen Planungsprozess, der eine weitergehende Beteiligung der Gemeinde, der Bürgerinnen und Bürger – aber auch des Klimaschutzbeirats! – ermöglicht.
- Zudem sehen wir in der fortschreitenden Planung keine Verbesserungen, sondern einen Rückzug auf eine reine Wohnnutzung (Eine Gaststättennutzung in Haus 2 ist aus den Sitzungsunterlagen nicht ersichtlich). Eine Belebung des Ortsteils durch einen Gastronomiebetrieb ist für uns essentiell wichtig.

Welche Gebäude sich nun nach § 34 einfügen und welche nicht, darüber kann man trefflich streiten. Für die Stadt ist jedoch ein inklusiver Planungsprozess entscheidend. Diesen sehen wir nach wie vor als dringend notwendig an.

Wir möchten noch einmal klarstellen (auch weil hier eine teils irreführende Berichterstattung kursiert), dass die Fraktion der Grünen IMMER den vorhabenbezogenen Bebauungsplan und den damit verbundenen Planungsprozess samt Bürgerbeteiligung favorisiert und dafür geworben hat. Dafür wurden wir kritisiert, diese Abstimmung haben wir verloren. Der Option eines städtischen B-Planes würden wir uns nur dann öffnen, wenn die Fachleute der Verwaltung zu der Einschätzung gelangen, dass es eine realistische Aussicht auf Erfolg – im Sinne einer konstruktiven Projektumsetzung – gibt.

Nach dieser Ansammlung von Nicht-Optionen, möchten wir dennoch konstruktiv schließen:

Wir appellieren an das Landratsamt, sowie die Bauherrschaft, die Bedeutung des Gaststättenareals für die Menschen vor Ort zu erkennen und zu respektieren. Die weitgehende Ablehnung der Planung durch den Ortschaftsrat sowie den Gemeinderat heute sowie in der letzten Sitzung sollten Ausdruck dafür sein, dass ein neuer Lösungsansatz gefunden werden muss.

Wir werben hiermit erneut für den Dialog: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hier läuft etwas aus dem Ruder, was die Stadt noch Jahrzehnte prägen wird. Wir bitten Sie: Kontaktieren Sie das Landratsamt, kontaktieren sie die Bauherrschaft. Suchen Sie das Gespräch und gemeinsam mit den Experten der Baurechtsbehörde nach Lösungsansätzen. Nehmen Sie Ihre Aufgabe als Moderation wahr, stellen Sie eine Plattform, einen Rahmen, um wieder gemeinsame Ideen zu ermöglichen. Keine andere Stelle außer der Verwaltung kann diesen Schritt gehen. Vielen Dank.“

Stadtrat Wachert spricht für die Fraktion der Freien Wähler:

*„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

eine 17 m hohe Häuserfront direkt am Leinpfad am Neckar in Richtung Neckarsteinach – beim Spaziergang den Dilsberg verdeckend? Das kann - und vor allem - das will, ich mir nicht vorstellen. Abgesehen davon, - dass zumindest meiner Meinung nach - der Baustil an dieser Stelle nach wie vor unpassend ist. Dies jedoch ist Geschmackssache und heute nicht das Thema. Wir stellen fest, dass der zuständige Dilsberger Ortschaftsrat mit 6 Nein und 1 Ja Stimme mehrheitlich gegen die Bauanträge der RED-Gruppe in der Rainbach gestimmt hat.

Unserer Fraktion sind die Anpassungen zu den vorherigen Planungen ebenfalls zu minimal und nach wie vor nicht ausreichend. Wir bleiben deshalb bei unserer Meinung, dass sich die Bauvorhaben nach Paragraph 34 nicht in die Umgebungsbebauung einfügen.

Erlauben Sie mir bitte im direkten Zusammenhang noch einige weitere Bemerkungen, da es sich auch hier um Objekte derselben Investorengruppe handelt und es um unser hiesiges Gewerbe und u. a. um unsere Hauptstraße in Neckargemünd.

Gerne kann ich diese 2 Punkte auch nachher unter Sonstiges ansprechen, wenn Sie mich an dieser Stelle jetzt schon als Redner vormerken könnten.“

Stadtrat Bernauer ergänzt die Einschätzung der CDU-Fraktion:

„Ein Bauvorhaben, dessen Vorgeschichte durchwachsener kaum mehr sein könnte. Haus Nr. 3, also das Gebäude direkt am Leinpfad, zeigt eine Aufteilung entsprechend der anderen Baukörper. Auch der Rücksprung hinter die überdachten Stellplätze kann da natürlich nicht über die enorme Höhe vom Leinpfad aus hinwegtäuschen. Verglichen mit dem Rainbach Bestandsgebäude, das erhalten werden soll, bewegen wir uns ca. 3 Meter höher.

Dennoch können wir als CDU - Fraktion dieser Dimension überwiegend zustimmen, zumal Haus 1 und 2 diesen Bau allein aufgrund der Hanglage nochmals überragen. Das Alternativkonzept würde wohl schlicht einen breiteren Baukörper und damit weitere Versiegelung bedeuten, daher ist für uns diese Lösung noch am ehesten hinnehmbar.

Haus Nr. 2: Unter allen Anträgen – so war es auch am bei der letzten Veranstaltung der Bürgerinitiative herauszuhören – das unumstrittenste Objekt.

Dieser Sicht können wir uns ebenfalls anschließen. In der vorliegenden Planung sehen wir den teilweisen Erhalt der bestehenden Gebäudesubstanz und eine Gastronomie – für uns ein essenzieller Punkt da wir sicher sind, der Ort kann so weiter belebt und attraktiv gemacht werden.

Die Firsthöhe liegt – wenn auch knapp – unterhalb der auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Müsste dieses Objekt weiter verkleinert werden, würde es wohl als erstes die gastronomisch genutzten Flächen treffen und das könnte sicherlich niemand gutheißen.

Aus diesen Gesichtspunkten, vor allem aber aufgrund der – unserer Meinung nach – jetzt genehmigungsfähigen Kubatur werden wir diesem Antrag überwiegend zustimmen.

Haus Nr. 1: Im Vergleich zu den bisher vorgelegten Plänen haben sich Höhen verschoben, ein Satteldach ist geplant worden, das Gebäude insgesamt hat leicht an Massivität verloren – soweit das bei einem Bauvorhaben mit 8 Wohneinheiten und knapp über 370m² Gebäudegrundfläche gelingen kann.

Dass sich bei einem derart prägnanten Bauvorhaben die Interessenlagen überschneiden ist ganz selbstverständlich. Wir haben einerseits unsere mehr als engagierte Bürgerinitiative, die sich stets für eine angepasste / angepasstere Bebauung einsetzt. Nicht aber, wie oft vorgeworfen, generell gegen eine Bebauung steht.

Dann haben wir die städtische Sicht, hier kommt das Interesse der lokalen Entwicklung dazu. Die Ansiedlung einer Gastronomie und neuer Wohnraum gehören dazu. Neuer Wohnraum zwar, der nicht für jeden bezahlbar wird, doch auch Menschen, die bereit sind vielleicht jenseits der 20€ pro m² in einer Mietwohnung zu zahlen, möchten irgendwo wohnen. Und dass solch ein Objekt eine Top-Lage braucht – und die haben wir hier direkt am Neckar – ist selbstredend.

Und dann haben wir an dritter Stelle den Investor, die RED GmbH. Hier lässt sich das Interesse recht einfach beschreiben: Mehr hochwertiger Wohnraum, mehr Profit – freie Wirtschaft, fertig. Ob man es gutheißt oder nicht – verständlich ist es denke ich definitiv.

All diese Interessen werden sich nie für alle Seiten optimal lösen lassen, mindestens jedoch kann man sie auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Wir haben Satteldächer erreicht, ein Baukörper ist – Stand heute – aus der Planung gestrichen. Und hier muss ich kurz einhaken: In den letzten Wochen, Monaten,

Sitzungen wurde der Fraktion der Grünen wie auch uns mehrfach vorgehalten, wir hätten einer Bebauung gemäß §35 zugestimmt. Faktisch wurde der vorangegangene Bauantrag aber einstimmig abgelehnt.

Zurück zum Thema.

Die Zufahrt zur Tiefgarage mit Ampelschaltung erfolgt über den zu klein dimensionierten Neckarberg. Alternativ bliebe nur eine Privatstraße, die nur über den Leinpfad angedient werden könnte, was bei Hochwasser den kompletten Kollaps auslösen würde. Egal wie die Entscheidung fällt, sie steckt voller Kompromisse.

Eine Entscheidung für Haus Nr.2 heißt unserer Ansicht nach auch eine Entscheidung für Haus Nr.1

Ein genehmigungsfähiges Gebäude am Neckarberg 1, eines auf gegenüberliegender Seite mit ähnlichen Höhenwerten, bedeuten für uns auch ein genehmigungsfähiges Gebäude am Neckarberg 3.

So haben wir drei einzelne Anträge und am Ende heißt es doch: Ganz oder gar nicht. Eine Entscheidung, die unserer überwiegenden Meinung nach mit „Ganz“ beantwortet werden sollte. Und zwar „Ganz“ mit Gastronomie, mit der Chance den Ort zu beleben und voranzubringen und auch mit allen Kompromissen – von allen Seiten: Lieber Ganz als gar nicht.“

Laut Stadtrat Hertel sieht die SPD-Fraktion nicht, dass die neuen Bauanträge Nährboden für weitere Diskussionen geben. Die Gebäude seien zu mächtig, was am Samstag vor Ort dargestellt wurden sei. Die hohe Anzahl der Wohneinheiten gebe ihm ebenfalls zu denken, denn sie bedeuten auch eine höhere Belastung der Infrastruktur. Die Verkehrssituation sei noch schwieriger als in Kleingemünd, insbesondere bei Hochwasser in der Tiefgarage und der dortigen Ampelschaltung. Aus Sicht der Fraktion daher nicht realisierbar. Bei der Betrachtung nach § 34 seien die Gebäude zu groß, selbst schon das Referenzgebäude. Damals habe man jedoch nicht so genau hingesehen und der Bauherr haben machen können, was er wollte. Es würde sich nicht einfügen und solle keine Referenz für Neubauten sein. Für Haus 2 sei wohl auch die Adresse in der Vorlage falsch angegeben. „Ortsstraße 7“ wäre richtig. An Herrn Hauser richtet er die Frage nach der Solardach-Verpflichtung. Die Pläne seien aus dem Juli und ohne erkennbare Anlagen auf dem Dach. Handle es sich dabei um eine Sondervereinbarung?

Herr Hauser antwortet, dies müsse nicht Bestandteil einer Ansicht sein. Die Photovoltaikpflicht gebe es und werde dem Amt mitgeteilt. Sofern dies sich auf eine Ansicht auswirke, würde es eingezeichnet.

Stadtrat Fritsch kritisiert, dass es um die Bewertung für die Fortführung des Projektes Rainbach 2.0 gehe, jedoch die Möglichkeit eine Mehrheit zu finden seit Monaten vertan worden sei. Die beste Lösung für alle könne nur gemeinsam mit Gemeinderat, Investor und Bürgern gefunden werden. Er leide darunter sehr. Man sei doch im Gemeinderat vereidigt, das Beste für die Stadt zu suchen und man habe auch eine Verpflichtung den Bürgern gegenüber. In der Vergangenheit habe man in Stadt und Ortsteilen viel mitgestaltet. Er habe sich über 20 Jahre dafür eingesetzt, aber unter diesen Umständen werde er sich seiner Stimme enthalten. Die Entscheidung liege nicht in den Händen des Gemeinderats. Der aus seiner Sicht machbare Vorschlag wäre ein Terrassenbau mit niedriger Höhe.

Stadtrat La Licata sagt, er gebe den Empfehlungen des Ortschaftsrates Recht und werde alle TOPs ablehnen. Als Gründe nennt er den Wegfall der Gastronomie und das sich kaum etwas getan habe. Nach § 34 sei es wegen der Höhe unzulässig und er sieht den Bedarf eines städtischen Bebauungsplans.

Stadtrat Schmitz hat noch Ergänzungen zum Redebeitrag von Stadtrat Konrad. Man habe heute erst mal nach § 34 zu entscheiden. Haus 1 mit acht Wohneinheiten am Neckarberg 1 sei nicht mit § 34 in Einklang zu bringen. Für die anderen beiden gelten die Ausführungen von Stadtrat Konrad. Er selbst wünsche sich mehr gestalterischen Prozess von Stadt, Investor und Bürgerbeteiligung. Weiterhin möchte er hinsichtlich dem Verhältnis der Stadt zu möglichen Investoren zu bedenken geben, dass es in der Vergangenheit auch schon bei anderen Verdichtungsprojekten Probleme gegeben habe – er erinnert an die Planungen zur Griechischen Weinstube. Die Verdichtung habe nicht allen gefallen, daraufhin habe man sich nicht verständigen können, und nun habe sich die Sache im Sande verlaufen. Ähnlich auch der „Schwanen“. Man müsse aus diesen gescheiterten Planungen Konsequenzen hinsichtlich gemeinsamer Regeln für die Verdichtung im Bestand ziehen, sonst werde man immer wieder auf dieselben Probleme stoßen.

Stadtrat Rehberger merkt an, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan nun nicht möglich sei. Dies habe der Bürgerentscheid dem Gemeinderat aus der Hand genommen. Die Mehrheit habe es damals abgelehnt und nun gebe es eine dreijährige Sperre.

Der Bürgermeister fragt nach der gastronomischen Nutzung. Laut Herrn Hauser sei diese im Antrag weiterhin vorgesehen.

Der Bürgermeister stellt klar, er habe dafür votiert, den Aufstellungsbeschluss zurückzunehmen. Was das Thema eigener Bebauungsplan angehe, habe es mit Ausnahme der Grünen von keiner Fraktion Rückmeldungen dazu gegeben, welche Regeln gelten sollen: wie hoch, wie groß. Grundsätzlich sei es immer sinnvoll, wenn ein Investor vor dem Kauf eines Geländes in Verhandlung mit den Gremien gehe, das hätte im vorliegenden Fall einiges erspart. Vor dem Kauf wäre auch eine Bauvoranfrage möglich gewesen. Erst kaufen, planen und dann in Gremien gehen, könne, wie in diesem Fall, zu Problemen führen. Die Sache sei nun verfahren und selbst mit Angebotsbebauungsplan könne eine Brache entstehen. Die Risiken habe Stadtrat Konrad richtig aufgezählt.

Stadtrat Konrad findet es bedauerlich, wie die Geschichte nun aufgerollt werde. Man sei ein politisches Gremium und habe in der Vergangenheit eine für den Zeitpunkt richtige Entscheidung getroffen. Nun müsse der Fokus darauf gerichtet werden, was für die Zukunft machbar sei. Er gehe davon aus, das so gebaut und vom Landratsamt genehmigt werde. Die Verwaltung könne da noch den Dialog suchen.

Der Bürgermeister sagt, er sei weiterhin im Gespräch mit Bauherrschaft und Landratsamt.

Stadtrat Fritsch mahnt, man müsse sich mehr austauschen, mit dem Bürgermeister oder mit anderen. Alle wollten in eigener Sache etwas sagen.

Stadtrat Licata fragt nach der Möglichkeit einer Veränderungssperre.
Laut Bürgermeister dürfe man damit nichts verhindern.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet mehrheitlich, das Einvernehmen gemäß § 34 BauGB nicht zu erteilen. Die Abstimmung erfolgte namentlich:

Ja-Stimmen: Stadtrat Bernauer, Stadträtin Oppelt (CDU)
Nein-Stimmen: Stadtrat Konrad (Grüne),
Stadträte Dr. Rothe, Karlheinz Streib, Wachert, Rehberger,
Stadträtin Stephanie Streib (Freie Wähler)
Stadtrat Schendzielorz (CDU);
Stadträte Hertel, Hornung, Stadträtinnen Linier und Striegel
(SPD);
Stadtrat La Licata (Linke);
Bürgermeister Volk
Enthaltungen: Stadträtinnen Dr. Welter, Groesser, Weber, Stadtrat Schmitz
(Grüne)
Stadträtinnen von Reumont und Weichert (CDU)
Stadtrat Fritsch (fraktionslos)

5: **Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 8 Wohneinheiten und Tiefgarage auf den Grundstücken Flst. Nr. 596 und 597, Am Neckarberg 3, Dilsberg**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet mehrheitlich, das Einvernehmen gemäß § 34 BauGB nicht zu erteilen. Die Abstimmung erfolgte namentlich:

Ja-Stimmen: Stadtrat Bernauer, Stadträtin Oppelt (CDU)
Nein-Stimmen: Stadträte Konrad, Schmitz (Grüne)
Stadträte Dr. Rothe, Karlheinz Streib, Wachert, Rehberger,
Stadträtin Stephanie Streib (Freie Wähler);
Stadtrat Schendzielorz, Stadträtinnen von Reumont und
Weichert(CDU);
Stadträte Hertel, Hornung, Stadträtinnen Linier und Striegel
(SPD);
Stadtrat La Licata (Linke);
Bürgermeister Volk
Enthaltungen: Stadträtinnen Dr. Welter, Groesser, Weber (Grüne)
Stadtrat Fritsch (fraktionslos)

6: **Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 6 Wohneinheiten auf den Grundstücken Flst. Nr. 596 und 597, Ortsstr. 11, Dilsberg**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet mehrheitlich, das Einvernehmen gemäß § 34 BauGB nicht zu erteilen. Die Abstimmung erfolgte namentlich:

Ja-Stimmen: Stadtrat Bernauer, Stadträtin Oppelt (CDU)

Nein-Stimmen: Stadtrat Konrad (Grüne),
Stadträte Dr. Rothe, Karlheinz Streib, Wachert, Rehberger,
Stadträtin Stephanie Streib (Freie Wähler)
Stadtrat Schendzielorz, Stadträtin Weichert (CDU);
Stadträte Hertel, Hornung, Stadträtinnen Linier und Striegel
(SPD);
Stadtrat La Licata (Linke);
Bürgermeister Volk

Enthaltungen: Stadträtinnen Dr. Welter, Groesser, Weber, Stadtrat Schmitz
(Grüne)
Stadträtin von Reumont (CDU)
Stadtrat Fritsch (fraktionslos)

7: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Neckarsteinacher Str. 12“ – 1. Änderung im vereinfachten Verfahren – Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Meyer von BIT Ingenieure erläutert die Änderungen, die sich im März/April ergeben haben, um die nachdrücklich gewünschte Nutzung für einen Gemüseladen möglich zu machen.

Herr Ansoerge ergänzt, der Plan sei aus 2019 und man habe am 24. Mai den Beschluss zur ersten Änderung gefasst.

Frau Meyer berichtet über die durchgeführte Offenlage und stellt zwei Stellungnahmen vor. Das Landratsamt habe auf Seite 16 die festgelegten Abstände der Werbeanlagen für Fuß- und Radweg beanstandet. Diese gehören nicht in die Festsetzung. Ihr Vorschlag sei nun, dies unter Hinweise zu verschieben aber nicht herauszunehmen, da es dem Gremium sehr wichtig sei. Die 2. Stellungnahme sei von

der IHK eingegangen. Dies weist daraufhin, dass zentrumsrelevante Sortimente nach außen getragen würden. Alle anderen Stellungnahmen seien unkritisch.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser erklärt für das Publikum kurz den Hintergrund. Einzelhandel sei in der Regel schon zentrumsrelevant, in dem Fall aber nicht zu berücksichtigen, da man in der Altstadt in dieser Form gar keinen Platz hätte. Daher erübrigt sich diese Einschränkung.

7.3: **Beschluss:**

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des Bebauungsplans abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Anlage berücksichtigt.
2. Der Bebauungsplan Neckarsteinacher Straße 12 - 1. Änderung in der Fassung als Satzungsentwurf vom 27.09.2022 wird nach § 0 BauGB i. V. m. §4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften i. d. F. als Satzungsentwurf vom 27.09.2022 werden nach § 74 Landesbauordnung BW i.V.m. § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.

Die drei Beschlüsse wurden jeweils einstimmig getroffen.

Der Bürgermeister stellt das weitere Vorgehen vor: Der Satzungsbeschluss gehe nun an das Landratsamt und werde veröffentlicht.

8: **Ausscheiden von Herrn Karlheinz Streib aus dem Gemeinderat**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Karlheinz Streib verlässt wegen Befangenheit den Ratstisch und nimmt im Zuschauerbereich Platz

8.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Herrn Streib auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 GemO einstimmig zum 30.09.2022 zu.

Redebeitrag des Bürgermeisters:

*„Lieber Stadtrat Streib, lieber Karlheinz,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

mit Karlheinz Streib verlässt nun ein „Urgestein“ der Kommunalpolitik die politische Arena. Das bedauern wir alle sehr, ich persönlich und die Stadtverwaltung, und wie ich weiß, auch alle im Räterund. Wir alle wissen, wie anstrengend und aufreibend die kommunalpolitische Tätigkeit sein kann, und in der letzten Zeit auch in Dilsberg geworden ist. Von daher haben wir viel Verständnis für die Entscheidung von Karlheinz Streib, sich anlässlich seines 70. Geburtstages auf seine Familie zu konzentrieren, und seine privaten Interessen, die er bei seinem vielfältigen Engagement im Ehrenamt und im Beruf bisher immer hintangestellt hat.

Lieber Karlheinz, nimm dir nun die Zeit, etwas für dich zu tun und für deine Familie leben zu können.

Karlheinz Streib ist eine der Persönlichkeiten, die untrennbar mit dem Dilsberg und seiner Entwicklung verbunden sind. Ein aufrechter deutscher Beamter im allerbesten Sinne, immer korrekt, mit scharfem Verstand, aufgrund seines Berufes als Finanzbeamter mit glasklarem Durchblick und viel Verständnis für finanzielle Zusammenhänge wie auch die Funktionsweise von Verwaltungen, hat er die ihm eigene Sachlichkeit immer optimal eingesetzt, um allen, für die die Verwaltung ein eher lästiges Buch mit mindestens sieben Siegeln ist, die Realitäten zu vermitteln.

Der vielzitierte feste Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den alle angehenden Beamten als einen der ersten lernen – „geeignet, erforderlich, angemessen“ prägte seine Herangehensweise an schwierige Themen, und er hat uns oft Hintergründe vermittelt, die für die Entscheidungen wichtig waren – insbesondere die „Innensicht“ auf den Dilsberger Ortschaftsrat. Dabei ist Karlheinz Streib bei weitem kein trockener Beamter – ganz im Gegenteil! Er ist ein fröhlicher Kurpfälzer, mit einem großen Freundes- und Bekanntenkreis, ein „Vereinsmeier“, der wohl in jedem Dilsberger Verein anzutreffen ist, auf jedem Fest, bei jeder Veranstaltung!

Dilsberg, Vereine, Finanzen – so kann man Deine vorrangigen Themen hier im Gemeinderat beschreiben. Du bist jemand, der sich selten zu Wort meldet – doch wenn, dann immer mit Sachargumenten und Engagement. Ab und zu brach es dann auch aus dem ruhigen Beamten mal heraus: „Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem!“ - dieser Satz ist untrennbar mit Dir verbunden. Du hast ihn öfter gebraucht, wenn der x-te Redner das wiederholt hat, was schon vielfach gesagt war. Du hast Deine kommunalpolitische Tätigkeit mit enormer Herzenswärme und beispiellosem Engagement gelebt, Du hattest für die Bürger in Dilsberg und bei uns im Tal immer ein offenes Ohr.

In diesen 18 Jahren hast Du dieses Gremium entscheidend mitgeprägt. Wir jungen Ratsmitglieder haben viel von Deinem Erfahrungsschatz profitiert.

Als ich 2016 ins Amt kam und das Thema „Feuerwehrhaus“ neu belebte, warst Du „Feuer und Flamme“. Als Du 2019 zum Ortsvorsteher gewählt wurdest, hast Du einen Wunsch geäußert: „Es ist mein Ziel, dass das Feuerwehrhaus zum Ende meiner Amtszeit steht.“ Du hättest mir ruhig etwas mehr Zeit geben können...

Ich bin mir jedoch sicher, dass Du auch nach dem Ende Deiner Amtszeit als Stadtrat und Ortsvorsteher dafür wirken wirst, dass dieses Ziel noch erreicht wird.

Denn es war und ist Dein Ding: Sich für die Allgemeinheit engagieren, und Eigeninteressen hintenanstellen.

Liebe Conny, lieber Karlheinz, wir wünschen Euch für diese Zeit nach dem politischen Engagement alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Zeit für Euch und Eure Liebsten. Vielen Dank, liebe Conny, dass Du Karlheinz in all den Jahren so unterstützt hast, und viele Abende auf ihn verzichtet hast!“

Redebeitrag von Stadtrat Rehberger:

„Lieber Karlheinz,

mit Bedauern haben wir deinen Entschluss aus dem Gemeinderat, dem Ortschaftsrat und als Ortsvorsteher auszuscheiden zur Kenntnis genommen. Wir respektieren diesen Entschluss und können diesen aber auch sehr gut nachvollziehen.

Nach 18 Jahren als Gemeinderat, nach 28 Jahren im Ortschaftsrat Dilsberg und 3 Jahre als Ortsvorsteher sowie 14 Jahre Vorstand des Obst- und Gartenbauvereins Dilsberg sowie viele weitere ehrenamtliche Tätigkeiten, unter anderem mehr als 3 Jahrzehnte als Jugendtrainer im Fußball, hast du dich weit über das normale Maß hinaus für die Allgemeinheit und deine Heimatstadt engagiert. Daher ist es durchaus legitim, dass du dich nun nach Vollendung deines 70. Geburtstages zurückziehst.

Du warst während deiner Zugehörigkeit zum Gemeinderat ein aufmerksamer Zuhörer und wertvoller Berater sowohl für uns Freie Wähler als auch für das gesamte Gremium. Mit deinem fundierten Fachwissen, nicht nur in Finanzfragen, hast du uns oft den richtigen Weg gewiesen, nach Kompromissen gesucht und diese auch gefunden. Du warst an vielen wichtigen Entscheidungen beteiligt. Du hast dir diese nicht einfach gemacht und das Für- und Wider abgewogen und das war nicht immer vergnügungssteuerepflichtig. In all den Jahren hast du immer die Interessen des Ortsteiles Dilsberg vertreten, ohne aber die gesamtstädtischen Interessen aus dem Auge zu verlieren. Auf deine Expertisen und Einschätzungen konnten wir uns immer verlassen.

Mit deinem Ausscheiden verlieren wir einen engagierten Stadtrat, loyalen Mitstreiter und einen ausgezeichneten Kenner des Dilsbergs.

Lieber Karlheinz, herzlichen Dank für deine langjährige Arbeit für Neckargemünd und seine Ortsteile. Ich persönlich möchte dir auch für deine Freundschaft und deine offenen Worte danken. Bei dir gab es nie ein „Nein“. Auch das habe ich sehr an dir geschätzt.

Deine Frau Conny und deine Familie hat dich immer unterstützt, musste aber auch für deine ehrenamtlichen Tätigkeiten oft zurückstehen. Nun hast du aber die Reißleine gezogen und kannst dich ab sofort um die wichtigen Dinge des Lebens kümmern. Dazu wünschen wir dir und deiner Frau alles erdenklich Gute und vor allem Gesundheit. Du bist auch weiterhin bei uns ein gern gesehener Gast.“

Stadtrat Streib bedankt sich für die Ausführungen und hält eine kurze Nachlese seiner Gemeinderatszeit.

Stadtrat Schmitz bedankt sich im Namen der Fraktion ebenfalls herzlich für die lange gemeinsame Zeit. Man habe auch im Rahmen vom Fußball miteinander zu tun und er könne bestätigen, dass alles Lobende stimme. Stadtrat Streib habe immer genau gesehen, was seine Pflichten seien. Diesen sei er gerecht geworden, was ihm immer sehr wichtig gewesen sei. Er überreicht ein Geschenk.

Auch die Stadträte Fritsch und La Licata verabschieden Karlheinz Streib aus dem Gemeinderat und bedanken sich für sein Engagement.

Stadtrat Karlheinz Streib kehrt an den Sitzungstisch zurück.

9: **Nachrücken von Frau Manuela Erles in den Gemeinderat**
- Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung
- Verpflichtung durch den Bürgermeister

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Laut Bürgermeister gebe es keine Hinderungsgründe.

9.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

9.3: **Beschluss:**

Nach dem Ausscheiden von Stadtrat Streib zum 30.09.2022 rückt Frau Manuela Erles als nächste Ersatzkandidatin im Wohnbezirk Dilsberg zum 01.10.2022 in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.

Der Gemeinderat stellt gem. § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) einstimmig fest, dass für das Nachrücken von Frau Erles keine Hinderungsgründe bestehen.

Der Bürgermeister verpflichtet Frau Erles auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 GemO.

10: **Umbesetzung von Ausschüssen**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

10.2: **Beratung:**

Frau Polte ergänzt, die CDU-Fraktion habe eine weitere Umbesetzung ihrer Vertreter in den Ausschüssen erbeten. Auch diese sollten in den TOP einbezogen werden.

Es handle sich um eine Änderung der CDU-Vertreter im Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr: Künftig solle Stadträtin Brigitte Oppelt (statt wie bisher Stadtrat Dirk Wagner) Stadträtin Claudia Weichert vertreten.

Stadtrat Dirk Wagner solle künftig Stadtrat Philipp Schendzielorz vertreten.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt im Wege der Einigung die in der Vorlage (betr. Freie Wähler) und mündlich in der Sitzung (betr. CDU) genannten Gemeinderäte und Bürger zu Mitgliedern bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern der betreffenden Ausschüsse. Die von den Umbesetzungen nicht betroffenen bisherigen Besetzungen sollen unverändert bleiben.

Vor Aufruf des nächsten TOPs verlässt Stadtrat Streib wegen Befangenheit wieder den Sitzungstisch und begibt sich in den Zuschauerraum.

Stadträtin Striegel verlässt um 21:30 Uhr die Sitzung.

11: **Ausscheiden von Herrn Karlheinz Streib als Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat erkennt das Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 16 Abs. 1 Satz 2 GemO an und stimmt dem Verlangen von Herrn Karlheinz Streib, ihn aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Ablauf des 30.09.2022 zu entlassen, einstimmig zu.

12: **Neuwahl des Ortsvorstehers des Stadtteils Dilsberg**

12.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

12.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz hat gehört, es sei eine knappe Abstimmung im Ortschaftsrat gewesen. Der Bürgermeister bestätigt dies und fügt hinzu, dass wegen Krankheitsfällen nur sieben Personen anwesend gewesen seien.

Stadtrat Schmitz erkundigt sich daraufhin, ob es nicht möglich gewesen wäre, die anderen virtuell mit einzubeziehen.

Der Bürgermeister erklärt, bei Wahlen sei Präsenz vorgesehen, aber bei einer Verschiebung hätte es beim Ortsvorsteher eine Vakanz gegeben. Weiterhin erklärt er, habe man in Dilsberg nun eine Besonderheit: Herr Erles habe als Ortsvorsteher kein Stimmrecht im Ortschaftsrat.

Frau Polte kündigt die geheime Wahl an und bittet die Urkundspersonen um Mithilfe.

12.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag des Ortschaftsrates Dilsberg Herrn Andreas Erles mehrheitlich (15 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme, 1 ungültige Stimme) zum neuen Ortsvorsteher des Stadtteils Dilsberg.

13: **Vorberatung der 99. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 04.10.2022 ***

13.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

13.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

13.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 99. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 04. Oktober 2022, 17:00 Uhr, in der Mensa des Schulzentrum Bammental:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
	Genehmigung des Protokolls vom 09. November 2021	X	
	Blockheizkraftwerk zur Klärgasverwertung a) Austausch der bestehenden Anlage b) Fortschreibung des Contracting Vertrages	X	
3.	Entwicklung Klärschlamm Entsorgung und Phosphor-Recycling	X	
	Jahresabschluss 2021	X	
	Wirtschaftsplan 2023	X	
	Änderung der Verbandssatzung — Novellierung Eigenbetriebsgesetz	X	
7.	Preisentwicklung bei Energielieferung und Betriebsstoffen	X	
8	Rückblick / Ausblick — Maßnahmen des AZV	X	
9	Festlegung des Termins der 100. Verbandsversammlung	X	
10.	Verschiedenes	X	

Auf die Vorlagen der einzelnen Tagesordnungspunkte für die Sitzung der 99. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ wird verwiesen. Die kompletten Vorlagen gehen den Fraktionsvorsitzenden sowie den Mitgliedern der Verbandsversammlung des AZV Im Hollmuth digital zu.

Stadträtin Dr. Welter verlässt um 22:00 Uhr die Sitzung.

14: **Mitteilungen und Anfragen**14.1 **RED-Investorengruppe**

Stadtrat Wachert sagt:

„Ich spreche von den 4 unfertigen Objekten der RED-Investorengruppe in unserer Hauptstraße

- *H-Nr. 36 ehem. dt. Kaiser,*
- *H-Nr. 31 Geschäft neben der Rösterei Deen,*
- *H-Nr. 14 ehem. Süßigkeiten Geschäft und*
- *H-Nr. 9 bzw. Obere Zwingergasse 12 (ehem. Friedrichsburg)*

die seit nunmehr einigen Jahren saniert bzw. umbaut werden.

Ich möchte daher meine Aussage, welche ich nun schon mehrfach im direkten Gespräch sowie auch an dieser Stelle gegenüber dem Ansprechpartner - Herrn Rukiqi - geäußert habe, wiederholen:

Ich fordere Sie auf, Ihre angefangenen Baustellen so schnell wie möglich fertig zu stellen, bevor Sie in der jetzigen schwierigen Zeit für Bauvorhaben, ein weiteres großes Projekt starten.

Es ist eine Schande und eine Ohrfeige für jeden Gewerbetreibenden, der sich bemüht sein Geschäft einigermaßen ansprechend zu gestalten, wenn er täglich mit ansehen muss, wie gegenüber oder nebenan ein mit zerfledderter Pappe, verschmierten Dämmplatten oder Plastikfolie zugehängtes Objekt offensichtlich vor sich hingammelt.

Des Weiteren möchte nicht unerwähnt lassen, dass für das von uns genehmigte feststehende Sitzpodest für die Außen Bewirtschaftung vor dem Café Deen in der Hauptstraße 31 dauerhaft - also rund um die Uhr, auch nachts, bei Regen und im Winter - mindestens 1 Parkplatz „geopfert“ wurde.

Abgesehen davon, dass das Café DEEN wohl nur (laut Google an 3 und laut Website des Betreibers an nur 2 Tagen die Woche - nämlich Freitag und Samstag von 10 bis 18 Uhr geöffnet hat - und ich mir als Geschäftsmann an dieser Stelle die Frage der Wirtschaftlichkeit stellen muss - habe ich auf dem Podest noch nie eine Bestuhlung bzw. Bewirtung feststellen können. Auch nicht an den in diesem Sommer reichlichen Sonnentagen.

Hier komme ich mir als Gemeinderat verarscht vor.

Ähnlich muss es den Geschäftsinhabern und Anwohnern außen herum gehen, denen diese Parkmöglichkeit fehlt.

Unsere Fraktion wird unter diesen Umständen den Rückbau des Podestes sowie die „Rückgabe“ dieses Parkraumes fordern.“

Der Bürgermeister antwortet, die unfertigen Baustellen seien immer wieder ein Thema und man habe seitens RED zugesichert, dass im März 2023 alle Geschäfte fertig werden. Man bohre von Seiten der Verwaltung nach. Die Durchsetzbarkeit sei aber ohne eine Gefährdung nicht gegeben. Man mahne an, dass es schneller gehen könne.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Oppelt

Die Schriftführerin

Stadtrat Rehberger